



Türkei

Bei den Wahlen am 7. Juni geht es nicht nur um die Macht des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

➔ Seite 8-10



Streikwelle

Viele Streiks sind im Gange – doch das Streikrecht wird angegriffen.

➔ Seite 12-13



Podemos

Im Spanischen Staat bricht das Zweiparteiensystem gerade zusammen.

➔ Seite 7

17

Juni 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro



Gegen den Gipfel des Kapitals



Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Stefan Schneider. Layout: Wladek Flakin, Max Karlmann.

ViSdP: R. Müller, Hafenstraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



International: Trotzkiistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas www.pts.org.ar

Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas
www.mtsmexico.org

Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien: Movimento Revolucionário de Trabalhadores
www.palavraoperaria.org

Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios www.ptr.cl

Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo www.lts.org.ve

Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista
jrinternacionalista.wordpress.com

Spanischer Staat: Clase Contra Clase www.clasecontraclase.org

Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA www.ccr4.org

Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

NR. 17 JUNI 2015

ONLINE LESEN...

- 3 Leitartikel:**
G7: Das Kapital soll bezahlen!
- 4 Gewaltdebatte:**
Ihre Gewalt und unsere
- 6 BND-Affäre:**
Kolossale Heuchelei
- 7 Spanischer Staat:**
Politisches Erdbeben
- 8 Türkei:**
Erdoğan will alles
- 11 Siemens AG:**
Rauswurf aus der Familie?
- 12 Arbeitskämpfe:**
Streikwelle und Streikrecht
- 14 Amazon:**
Kampf um die Zukunft
- 16 FT-CI: Internationale**
Konferenz in Buenos Aires



Streikabbruch der GDL

Der längste Streik der Geschichte der Deutschen Bahn AG wurde vorerst beendet.



Verwirrung und Verzweiflung

Die Linke auf der Suche nach einer „fortschrittlichen“ Seite im ukrainischen BürgerInnenkrieg.

Vier Digitale Tageszeitungen

Im September 2014 lancierte unsere argentinische Schwesterorganisation, die PTS, die Website *LalquierdaDiario*, die erste digitale Tageszeitung der lateinamerikanischen Linken. Mehr als 40.000 Menschen besuchen die Seite inzwischen jeden Tag. Seit dem 15. März erscheint auch eine chilenische Tageszeitung. Zehn Tage später kam eine brasilianische Version dazu, Ende April auch eine mexikanische Variante. Diese Tageszeitungen werden von den Organisationen der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale veröffentlicht und entwickeln sich als echtes lateinamerikanisches Netzwerk. In den kommenden Monaten wird sich dieses Netzwerk auch auf Europa ausdehnen, und eine englischsprachige digitale Publikation ist ebenfalls in Planung, unter anderem um die rebellierende Jugend und fortschrittliche ArbeiterInnen in den USA zu erreichen.

Argentinien: www.lalquierdadiario.com Chile: www.lalquierdadiario.cl
Brasilien: www.esquerdadiario.com.br Mexiko: www.lalquierdadiario.com.mx

Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



VON OSKAR HUBER

Sieben Interessen, eine Verliererin

Wenn in Elmau sieben Chefs imperialistischer Staaten tagen, geht es um die Ukraine-Krise und den IS (Islamischen Staat). Es geht um „*stabile Finanzen, offene Weltmärkte und einen funktionierenden Arbeitsmarkt*“. Anders gesagt, die G7 reden über ihre imperialistischen Interessen. In den Verhandlungen sitzen jetzt wieder nur sieben am Tisch: Wegen des reaktionären BürgerInnenkriegs in der Ukraine wurde Russland ausgeschlossen.

Die G7 fragen sich: Wie geht es weiter mit Deutschlands Spardiktaten über Europa und seinen riesigen Auslandsüberschüssen? Wer kann bei der Neuaufteilung des Nahen und Mittleren Ostens helfen? Welche DiktatorInnen werden von wem unterstützt, welche gestürzt? Mit welchen Mitteln wird die Ukraine halbkolonisiert – Internationaler Währungsfonds oder bewaffnete Drohungen – und wer streicht die meisten Gewinne ein? Wie werden Klima, Umwelt und Ressourcen unter Vorzeichen des Imperialismus „gemanagt“? Was bedeutet die Hoch-Dollar-Politik, die von den USA unter anderem durch den Raubbau des Fracking-Programms ermöglicht wurde? Gleich, was die Antworten sind, es gibt schon jetzt eine Verliererin: die internationale ArbeiterInnenklasse.

Nationalismus oder ArbeiterInnenpolitik?

Die Imperialismen aus der EU und die USA arbeiten zurzeit am Freihandelsabkommen TTIP, über das Gabriel (SPD) kaum etwas Konkretes herausrückt. Neben der Senkung von VerbraucherInnen- und Umweltstandards wird es Angriffe auf das Arbeitsrecht bedeuten, soviel ist sicher. Die einzelnen imperialistischen Staaten nutzen dabei internationale Verträge, um die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse zu verschärfen.

Die Linkspartei ruft mit Grünen, Compact, attac, Bauern- und Kirchenverbänden sowie der stalinistischen Linken zum G7-Protest gegen TTIP auf. Ihre Antwort ist eine nationalistische Kampagne, die behauptet, Deutschland sei nicht souve-

G7: Das Kapital soll bezahlen!

rän und müsse sich gegen die USA verteidigen. Gregor Gysi (Die Linke) fasst diese sozialchauvinistische Haltung in seiner Rede zu TTIP und G7 vor dem deutschen Bundestag gut zusammen: „*Kolumbien ist inzwischen unabhängiger von den USA als Deutschland und ich finde das sollten Sie ändern, liebe Frau Bundeskanzlerin.*“

Für uns bedeutet „gegen TTIP“ in erster Linie gegen die deutschen KapitalistInnen, deren Kanonenrohre oft Gesetze und Verträge sind: Das heimische und vom Linke-Ministerpräsidenten Ramelow akzeptierte „Tarifeinheitengesetz“ wurde von der „Gro-Ko“ bereits verabschiedet und bedeutet Zwangsschlichtungen vor deutschen Gerichten und die Einschränkung des Streikrechts von Minderheitsgewerkschaften.

Gleichzeitig schürt „Die Linke“ aber auch Illusionen in den „Internationalismus“ des Kapitals – das heißt den Diktaten einer Bourgeoisie über andere Länder. Sie möchte EU-Institutionen „demokratisieren“ und verweist auf die „bescheidenen Vorschläge“ Syriza, die mit der nationalistischen ANEL regiert und deutsch verordnete Kürzungen brav umsetzt. Unterdessen stimmt die Linkspartei unter Berufung auf Solidarität mit der neuen griechischen Regierung für die neuesten Spardiktate Merksels und Schäubles (CDU).

Wir wollen weder Deutschland vor den USA beschützen noch haben wir Sympathien für das von Deutschland angeführte Kartell kapitalistischer Staaten namens EU. Wir kämpfen für ein vereintes Europa – aber nicht des Kapitals, sondern der ArbeiterInnen. Deshalb fordern wir die vollständige Streichung aller Schulden gegenüber den imperialistischen Staaten, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Weltbank.

Welche Klasse soll bezahlen?

Die Debatte um die europäische Schuldenkrise läuft wie die um den „freien Handel“ darauf hinaus, welche Klasse die Krise

bezahlen soll. Alle bürgerlichen Antworten von Neoliberalismus bis zu Keynesianismus schwirren um die verschiedenen kapitalistischen Interessen im Euroraum: Deutschland verteidigt seine Auslandsüberschüsse, die USA oder Frankreich sind genau deshalb besorgt.

Die ArbeiterInnenklasse hat die Macht, mit ihren Streiks nicht nur ökonomische, sondern auch politische Verbesserungen zu erzwingen. Aktuelle „Reformen“ bringen längst keine Verbesserung mehr, nicht einmal in Deutschland, wo Schwarz-Rot das Streikrecht angreift. Der nächste nötige Schritt ist die Politisierung und Ausweitung der aktuellen Streiks: die Vereinigung von Kämpfen wie Post und Amazon, LehrerInnen und ErzieherInnen; ihre Demokratisierung unter Führung der Streikenden selbst; ihre Erweiterung um und einen gemeinsamen Kampf gegen Prekarisierung, Kürzungen und Befristungen.

Die Gewerkschaften müssen in diesem Prozess aus den Händen einer bürokratischen Clique von Sozialpartnerschaft-AnbieterInnen zurückerobert werden. Der Aufbau einer klassenkämpferischen, antibürokratischen Strömung innerhalb der Gewerkschaften ist unabdingbar, um die KapitalistInnen für ihre Krise bezahlen zu lassen. Eine wache ArbeiterInnenklasse, ohne Illusionen in Klassenkompromisse, kann die richtigen Antworten auf die Krise geben, wie die entschädigungslose Enteignung von Betrieben und Banken unter ArbeiterInnenkontrolle, wenn sie Pleite gehen, schließen oder Sparmaßnahmen erzwingen wollen. Durch die Rückeroberung der ArbeiterInnenorganisationen können die imperialistischen G7 in Zukunft effektiv bekämpft werden – mit dem politischen Generalstreik.

Diese Programmpunkte müssen von einer revolutionären ArbeiterInnenpartei vertreten werden, an deren Aufbau wir mitwirken wollen. Der uneinigen EU nationaler Bourgeoisien wird sie die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa entgegenstellen.



Ihre Gewalt

GEWALTDEBATTE: Riots in Baltimore, ein militärisch abgeschirmter G7-Gipfel oder die Lahmlegung ganzer Wirtschaftssektoren durch Streikaktionen: Linke wie Rechte diskutieren wieder mehr über Legitimität von Gewalt.

VON MARIUS MAIER

„**E**s gibt keine Ausrede für die Art von Gewalt, die wir gestern gesehen haben“, sagte US-Präsident Barack Obama am 28. April zu den Ereignissen in Baltimore. Damit meinte er nicht die tagtäglichen Morde seiner Polizei an schwarzen Jugendlichen. Er meinte die Plünderungen und Angriffe auf Polizeieinheiten. Denn eine zerschlagene Fensterscheibe ist für ihn schlimmer als ein erschossener Jugendlicher.

Auch nach den brennenden Barrikaden der Frankfurter Blockupy-Proteste vom 18. März war der Ruf zu vernehmen, es solle doch friedlich demonstriert werden. Die dort neu eröffnete Europäische Zentralbank (EZB) zeigt täglich, was für sie „friedlich“ bedeutet: Unter Führung der Merkel-Regierung setzt sie unter anderem Sparmaßnahmen gegen Griechenland durch, die zu Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Obdachlosigkeit führen.

Während bei Blockupy noch 10.000 PolizistInnen die Blockaden mit Tränengas, Knüppeln und Wasserwerfern räumten, stehen für den G7-Gipfel etwa 20.000 PolizistInnen bereit. Immer wieder wurden die OrganisatorInnen der Proteste aufgefordert, sich von möglichen Gewalttaten zu distanzieren. Diese Debatte bürgerlicher PolitikerInnen und Medien ignoriert vollkommen die Gewalt der Polizei, die sogar ankündigt, schon präventiv mit „aller Härte“ zuzuschlagen. Ebenso wird die imperialistische Gewalt der G7 komplett ausgeblendet: Sie haben die Kriege in der Ukraine und dem Nahen Osten losgetreten.

Gewalt und Klassengesellschaft

Dass sich die Wut und Verzweiflung der Unterdrückten in Gewalt umsetzt, wollen die Herrschenden nicht akzeptieren. Militärische Konflikte und Straßenkämpfe sind dabei nur die ausdrucksstärksten Bilder: Doch neben NATO-Bombern und hochgerüsteten Robocops finden sich subtilere, nicht minder brutale Ausdrücke der Gewalt, von denen Bertolt Brecht schrieb: „Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“

Die Schaufenster der Luxusläden sind prall gefüllt, aber für viele Menschen geht es darum, überhaupt das Geld für Essen und Miete zusammenzukratzen. Nie würde es die Polizei zulassen, dass sie etwa mittels Diebstahl und Hausbesetzung das Allerheiligste der bürgerlichen Gesellschaft, das Privateigentum, in Frage stellen.

Die Profite im Kapitalismus werden von der kleinen Minderheit der KapitalistInnen eingesackt. Die Grundlage dafür bildet das Privateigentum an Produktionsmitteln, etwa der Besitz von Fabriken, Maschinen und Infrastruktur. Erwirtschaftet wird der Reichtum von der großen Mehrheit der arbeitenden Klasse. Von dem Reichtum sehen sie jedoch wenig: Oft reichen die Almosen nicht einmal zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aus. Um dieses Ungleichgewicht aufrecht zu erhalten und ihre wirtschaftliche Macht zu sichern, muss die Bourgeoisie mit ihrem Staatsapparat auch die politische Herrschaft ausüben.

Der Staat ist damit keine neutrale Institution, die wir beliebig verändern könnten. Die bürgerliche Demokratie ist die Demokratie der Herrschenden. Sie behaupten, wir sollten auf Gewalt verzichten, da wir ja demokratisch mitentscheiden könnten. Sie werden aber niemals zulassen, dass wir selbst mit ihren „demokratischen“ Methoden ihre Herrschaft in Frage stellen. Das Parlament können wir nutzen, um die Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten bekannt zu machen – aber nicht, um die Klassengesellschaft zu stürzen. Militär, Polizei, Knäste und Justiz sind über tausend Fäden auch direkt mit der herrschenden Klasse verbunden und ebenso Teil der Diktatur des Kapitals wie Verwaltung, Regierungen und Parlamente.

Die Bourgeoisie verurteilt Gewalt – und engagiert deswegen Typen wie diesen.



und unsere

Strategie der Gewalt

Gewalt ist ein essentieller Bestandteil der Klassengesellschaft. UnterdrückterInnen und Unterdrückte führen einen „*ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf*“.¹ Wenn die Bosse die Löhne senken, haben die ArbeiterInnen die Wahl: Armut oder Kampf. Ihre Kampfmittel reichen von Streiks über Besetzungen bis zum Aufbau von Räten, Selbstverteidigungseinheiten und revolutionären Parteien.

All dies sind nicht minder Formen von Gewalt. Eine Besetzung oder Enteignung bringt die EigentümerInnen um ihren Besitz. Ein Streik kann ein Land lahmlegen. Und Räte legen die politische Macht in die Hände der ArbeiterInnen. Wenngleich juristisch verboten, können diese Formen von Gewalt ein effektives Mittel des Klassenkampfes sein. Was wollen schon einige Zehntausend Bullen ausrichten, wenn Millionen ArbeiterInnen in den Streik treten?

Sehr viel kann die Polizei hingegen machen, wenn die Gewalt der Unterdrückten nicht kollektiv ist, sondern auf individualistische Aktionen beschränkt bleibt. Vor allem in Zeiten, in denen die unterdrückten Massen passiv bleiben, sind es meist ungeduldige Teile der Jugend und Intellektuelle, die versuchen, sie mit muten Aktionen „zu elektrifizieren“. Zu den Blockupy-Protesten artikulierte das Lower Class Magazine (LCM) diese Strategie: „*Es muss, auch in der Tat, der Bevölkerung gezeigt werden, dass Widerstand gegen dieses System legitim ist und dieser sich nicht in den Bahnen zu bewegen hat, die uns der Feind als einzig ‚erlaubte‘ vorschreibt*“.²

Diese an sich richtige Einschätzung muss ein wenig präzisiert werden: Das Anzünden von Polizeiautos mag zwar vollkommen legitim sein. Doch ist schwer vorstellbar, dass dadurch in der jetzigen Phase die Organisation in „Betrieben, Stadtteilen, kulturellen Milieus“ verwirklicht wird, welche das LCM sich ebenfalls wünscht. Um die ArbeiterInnen für eine gewerkschaftliche Organisation oder gar für eine revolutionäre Bewegung zu gewinnen, muss die Politik an den Arbeitsplatz getragen werden. Auch hier kann es zum Einsatz von Gewalt kommen, zum Beispiel wenn Zufahrtswege blockiert und gegen die Polizei verteidigt, StreikbrecherInnen ferngehalten werden müssen, oder wenn eine Fabrik besetzt und verteidigt werden muss.

Die ArbeiterInnenklasse muss lernen, mit der Gewalt umzugehen, sie auf breitere Massen auszuweiten und strategisch anzuwenden. Dabei gehört auch die Straßenschlacht zu ihrem großen Repertoire an Instrumenten. Das Konzept der individuellen Gewalt kann aber nur in einen StellvertreterInnenkampf führen: Aktionen eines klandestinen Zirkels bauen riesige Hürden zur Teilnahme auf. Statt selbst aktiv zu werden, werden die Hoffnungen der Massen damit auf große „BefreierInnen“ gelenkt. Zugleich kann sich der Staat als „Retter“ vor dem „Terrorismus“ darstellen und den Ausbau seiner Repressionsinstrumente rechtfertigen.

1. Karl Marx/Friedrich Engels: Das kommunistische Manifest. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/1-bourprol.htm>.

2. Peter Schaber: Gewalt! <http://www.neues-deutschland.de/artikel/965349.gewalt.html>

Die Grenzen der Eventpolitik

Die Konzepte von Blockupy und der G7-Proteste gehen weit über rein individualistische Aktionen hinaus. Seit Sommer 2014 findet in Bündnissen eine detaillierte Planung zum Ablauf der G7-Demonstrationen statt. Mit medienwirksamen Blockaden soll auf die Schweinereien der Herrschenden hingewiesen werden. Bei Blockupy in Frankfurt vor der EZB gelang dies am 18. März ganz gut: Die bürgerliche Presse heulte zwar vor Wut über brennende Polizeiautos und SteineschmeißerInnen. Letztlich war sie aber gezwungen, sich hier und da doch irgendwie zu den Ursachen, der mörderischen Politik von Schäuble und Co. zu äußern. Doch kaum sind die DemonstrantInnen abgezogen, herrscht wieder kapitalistischer „Normalbetrieb“.

Trotz der großen öffentlichen Aufmerksamkeit können diese Events gezielte Interventionen in Richtung der ArbeiterInnenklasse nicht ersetzen. Die ArbeiterInnen nehmen sich derzeit kaum als politische Macht wahr. Das spiegelt sich im Verhalten der Linken, die sich enttäuscht von der ArbeiterInnenklasse abwenden. Doch schon die jüngsten Bahnstreiks müssten allen Linken das ungeheure Potential dieser Klasse vor Augen führen: Allein durch „nichts tun“ verursachten die LokführerInnen in wenigen Wochen hunderte Millionen Euro Schaden. Um auch nur annähernd dasselbe Ergebnis zu erzielen, müssten jahrzehntelang Steine fliegen...

Es bestehen Ansätze, die Mobilisierungen der radikalen Linken mit der ArbeiterInnenbewegung zu verbinden. An Blockupy beteiligte sich etwa ein Block streikender Amazon-ArbeiterInnen. Durch die Arbeitsniederlegung führte sie der Bourgeoisie damit einen materiellen Schaden zu, der deutlich über brennende Polizeiautos hinausgehen dürfte. Stellen wir uns nur vor, die Proteste gegen den G7-Gipfel würden durch Teile der organisierten ArbeiterInnenschaft unterstützt: HotelarbeiterInnen könnten Gipfelgäste nicht reinlassen. CatererInnen könnten Essenslieferungen an die Polizei verweigern. Und die ohnehin schon im Arbeitskampf befindlichen FluglotsInnen und PilotInnen könnten Merkel und ihren Kollegen die Anreise erschweren.

Das zentrale Kampfmittel der Bourgeoisie ist ihr Staat, der gestützt wird von den reformistischen Parteien und Gewerkschaftsapparaten. Bei der Unterdrückung geht die Bourgeoisie strategisch, wissenschaftlich und vollkommen skrupellos vor. Gegen diese organisierte Macht brauchen auch wir unsere eigene organisierte Macht – unabhängig von jedem Faden der Bourgeoisie –, die ebenso strategisch und professionell kämpft.

Die Anti-G7-Proteste werden einen nur sehr begrenzten Effekt haben, wenn es nicht gelingt, daraus die fortschrittlichsten Sektoren an den Schulen, Universitäten und den Betrieben für ein revolutionäres Programm zu gewinnen. Ziel der radikalen Linken sollte werden, sich wirklich in der ArbeiterInnenklasse aufzubauen, und zwar als vertrauenswürdige und klassenkämpferische Basisbewegung. Aus der Zusammenarbeit radikaler Jugendlicher und kämpferischer ArbeiterInnen müssen wir internationale revolutionäre ArbeiterInnenparteien bauen, die die Gewalt des bürgerlichen Staats durch seinen Sturz beenden können.

Kolossale Heuchelei

BND-AFFÄRE: Die Kooperation zwischen der NSA und dem BND schlägt immer neue Wellen. Die Konflikte innerhalb der Bundesregierung spitzen sich zu.

VON STEFAN SCHNEIDER

Vorwürfe von „Koalitionsbruch“, Forderungen nach „Neuwahlen“, „Ultimatum an Merkel“: Liest man dieser Tage die Schlagzeilen zu der Geheimdienstaffäre rund um die Abhörtätigkeiten von BND und NSA in Deutschland, könnte man meinen, die Koalitionsregierung aus CDU/CSU und SPD stünde kurz vor ihrem Ende. In der Intensität, mit der die BND-Affäre bezüglich des Abhörprojekts „Eikonal“ in den Medien verhandelt wird, erscheint sie als die größte öffentliche Meinungsverschiedenheit zwischen den Koalitionsparteien seit ihrem Amtsantritt vor etwas mehr als anderthalb Jahren.

Massive Überwachung

Seit den Enthüllungen über das Ausmaß der Spionage-Tätigkeiten der NSA durch den ehemaligen Geheimdienstler Edward Snowden im Jahr 2013 steht die Überwachungspraxis der USA, aber auch die Kollaboration des BND mit den US-Geheimdiensten unter massiver Kritik. Zunächst reagierte die deutsche Bundesregierung mit gespielter Empörung gegen die Abhörung des „Merkel-Handys“ durch die NSA. Daraufhin wurde ein Untersuchungsausschuss zur NSA-Affäre eingesetzt, der allerdings herausfand, dass der BND jahrelang die NSA in ihren Tätigkeiten unterstützte. Er selbst war und ist massiv daran beteiligt, die deutsche und europäische Bevölkerung abzu hören und nimmt ebenfalls an der Überwachung „befreundeter“ Regierungen teil. Die Heuchelei der Bundesregierung, die sich gegen die Überwachung von „Freunden“ ausgesprochen hatte, wurde damit offensichtlich.

Schon im vergangenen Jahr wurden die Lauschaktionen des BND unter dem Namen „Operation Eikonal“ enthüllt. Mindestens seit 2004 hat der BND große Mengen Rohdaten am Frankfurter Internet-Knoten abgefangen und direkt an die NSA weitergeleitet. Besonders heikel: Bei dieser Operation wurden weder das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG) noch die zuständige Bundestagskommission für die Genehmigung von Abhöraktionen (G-10-Ausschuss) jemals informiert. Angeblich sei die Aktion Ende

2008 eingestellt worden, doch der BNDler „W.K.“ bestätigte am 13. November 2014 im NSA-Untersuchungsausschuss die Fortsetzung der Methode. Ende April 2015 kam zudem heraus: Über 800.000 Schlüsselwörter, IP- und E-Mail-Adressen, Telefonnummern und Geokoordinaten wurden von der NSA an den BND geschickt. Laut BND wurden dabei bestimmte Daten herausgefiltert, die „deutsche Interessen“ berührten und die Ergebnisse teils zurück an die NSA geleitet.

Heuchelei der Regierung

Die bürgerlichen Presse debattiert im aktuellen Skandal aber nicht die massenhafte Verletzung von Grundrechten unter dem Paradigma der „nationalen Sicherheit“, sondern konzentriert sich darauf, die Ein-

des bürgerlichen Leitmediums *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die sich gegen jede Kritik am BND verwehren und sogar fordern, BND und Co. müssten mehr Geld und Kompetenzen zur „Terrorabwehr“ (besonders auch des „linksextremen Terrorismus“) bekommen.

Die Geheimdienst-Affäre seit 2013 wirft deshalb mit voller Klarheit die Doppelmentalität des bürgerlichen Staates im Allgemeinen und der deutschen Bundesregierung im Besonderen auf. Während sie die Spionage der USA gegen die eigene Bevölkerung und verbündete Regierungen kritisiert, wurde die Komplizenschaft der deutschen Geheimdienste immer wieder heruntergespielt oder ganz vertuscht. Und wenn nun die SPD-Spitze von Merkel „Aufklärung“ fordert, verschweigt sie im gleichen Atemzug, dass der damalige SPD-Kanzleramtschef Frank-Walter-Steinmeier 2003 die rechtlichen und politischen Grundlagen für die Zusammenarbeit von NSA und BND aushandelte. Der aktuelle „Koalitionskrach“ ist deshalb kaum mehr als Schall und Rauch, um von der eigenen Verantwortung abzulenken.

Abschaffen!

Auch die Verwicklung der deutschen Geheimdienste in die Mordanschläge der faschistischen Vereinigung „Nationalsozialistischer Untergrund“ ist längst noch nicht vollständig aufgearbeitet. Hier zeigt sich ein zentraler Aspekt, der in der aktuellen Debatte völlig ignoriert wird: Bürgerliche Staaten brauchen Geheimdienste nicht nur zur Wahrung ihrer Interessen im Ausland, sondern auch direkt gegen die eigene Bevölkerung. Dabei schrecken sie nicht davor zurück, faschistische Banden zu unterstützen, wenn es in ihren Augen der Bekämpfung „linksextremer“ Strukturen dient. Besonders gilt das für Perioden verschärften Klassenkampfes, in denen der bürgerliche Staat selbst tendenziell in Frage gestellt wird.

Aus diesem Grund führt kein Weg daran vorbei, alle Geheimdienststrukturen abzuschaffen. Der aktuelle Skandal ist nicht, dass NSA und BND verdeckt zusammengearbeitet haben, sondern der herrschende Konsens über die Rechtmäßigkeit der massenhaften Überwachung der gesamten Bevölkerung.

Die deutsche Regierung überwacht ihre BürgerInnen genauso gern wie die US-amerikanische.



mischung der USA in „deutsche Interessen“ zu kritisieren. Zuweilen wird eine größere demokratische Kontrolle der deutschen Geheimdienste gefordert, damit sie nicht – wissentlich oder unwissentlich – diesen „deutschen Interessen“ zuwider handeln.

Es geht hier aber sicherlich nicht um die Interessen der ArbeiterInnen und der Jugend Deutschlands und weltweit, die seit dem Beginn des „Kriegs gegen den Terror“ 2001 immer skrupelloser Angriffe gegen ihre demokratischen Rechte und ihre Privatsphäre erleben mussten. Stattdessen geht es um Informationen, die den Profitinteressen des deutschen Kapitals im In- und Ausland dienen. Besonders deutlich wird das in den Kommentaren



Politisches Erdbeben

SPANISCHER STAAT: Die Regional- und Kommunalwahlen am 24. Mai sind ein Spiegelbild der neuen politischen Landschaft, die vom Zusammenbruch des Zweiparteiensystems geprägt ist.

VON PETER ROBE

Seit dem „paktierten Übergang“ zur Demokratie 1978 war das politische System im Spanischen Staat von der rechten Volkspartei (PP) auf der einen und der sozialdemokratischen PSOE auf der anderen Seite geprägt. Bei den Wahlen in den Kommunen und Autonomieregionen erlitt dieses System einen schweren Schlag.

Angeschlagenes Regime

Die kapitalistische Krise traf den Spanischen Staat besonders hart. Doch während die KapitalistInnen ihre Reichtümer weiter vermehrten, mussten die ArbeiterInnen und die arme Bevölkerung am Meisten unter den Auswirkungen leiden. Als Reaktion darauf begann vor vier Jahren ein Zyklus der Massenmobilisierungen, der die Spardiktate der Troika jedoch nicht beendete. Daraufhin entstanden neue politische Projekte wie *Podemos* („Wir können“) oder lokale BürgerInneninitiativen.

In den jetzigen Wahlen drückte sich nicht nur ein gewaltiger Linksruck aus, sondern auch die Illusionen von Millionen ArbeiterInnen und Jugendlichen in grundlegende Veränderungen durch den Weg in die Institutionen. Sie erhoffen sich, die politische „Kaste“ der korrupten PolitikerInnen von PP und PSOE abwählen und die Kürzungspolitik damit beenden zu können.

Dadurch lassen sich die zwei wichtigsten Ereignisse der Wahlnacht erklären:

Erstens, der Niedergang der klassischen bürgerlichen Parteien. Auch wenn sie weiterhin zusammen die Mehrheit haben (die PP bekam landesweit 27 Prozent und die PSOE 25), verloren sie für sich genommen alle absoluten Mehrheiten, mit denen die PP noch bei den Wahlen 2011 die politische Landkarte blau färben konnte, und

müssen wichtige Verluste von Regierungsposten hinnehmen.

Zweitens, der Aufstieg und die Konsolidierung der neoreformistischen Partei *Podemos* und in geringerem Maße der neoliberalen *Ciudadanos* („BürgerInnen“). Zudem stellten sich zahlreiche BürgerInneninitiativen zur Wahl. In den beiden wichtigsten Städten erreichten diese in Koalitionen mit *Podemos* und anderen reformistischen Projekten sehr gute Ergebnisse. In Barcelona löste die Kandidatin Ada Colau, Sprecherin der „Plattform gegen Zwangsrumräumungen“ des Bündnisses „Barcelona gemeinsam“, die konservative Regierung ab und in Madrid erlangte die Formation „Madrid Jetzt“ nur einen Prozentpunkt weniger als die seit 24 Jahren regierende PP.

Neue Situation

Es eröffnet sich eine neue politische Situation. Sowohl durch die andauernde Krise von PP und PSOE als auch durch den fulminanten, jedoch begrenzten Aufstieg von *Ciudadanos* und *Podemos* kann niemand allein regieren. Da gerade die harte Verurteilung der korrupten „politischen Kaste“ den neuen Parteien Erfolg brachte, verteidigen sie bisher harte „rote Linien“ gegenüber den traditionellen Parteien. Es deutet sich jedoch an, dass *Podemos* zu partiellen Pakten mit der PSOE und anderen bürgerlichen Parteien bereit ist, um wie in Barcelona und Madrid den Einzug der PP ins Rathaus zu verhindern. Das würde einen weiteren Schritt der Integration in das angeschlagene politische Regime bedeuten.

Podemos macht ein Jahr nach ihrer Gründung ihre erste schwere Krise durch, nachdem der Höhenflug in Umfragen ein Ende nahm: Zum einen ist die PSOE trotz großer Einbußen nicht endgültig verschwunden. Zum anderen macht ihr auch der Aufstieg von *Ciudadanos* einen großen Teil der WählerInnen streitig. Die

bisherige Strategie, durch ein großes Medienspektakel, ein Antikorruptionsprofil und ein lauwarmes reformistisches Programm mit einem Schlag an die Regierung zu kommen, ist gescheitert.

Die Organisation des *Podemos*-Anführers Pablo Iglesias konnte zwar den sozialen Unmut an der Wahlurne auffangen, steckt ihn aber in ein sozialdemokratisches Programm der „demokratischen Erneuerung“ eines sich in der Krise befindenden Regimes. Das Ziel ist die „Humanisierung“ des spanischen Kapitalismus. Doch selbst die kleinsten Reformen werden nicht von oben durch das Parlament und Abkommen mit den Parteien der „Kaste“ durchgeführt werden können, ohne auf die Mobilisierung der ArbeiterInnen und Jugendlichen zu setzen.

Die Kommunal- und Regionalwahlen zeigen bereits eine Tendenz für die nationalen Wahlen im November; sie sind eine Warnung für die antikapitalistische Linke und alle aktiven ArbeiterInnen und Jugendlichen. Setzt sich der Integrationsprozess von *Podemos* fort, würde die „Regierung des Wandels“ Pakte mit den traditionellen Parteien beinhalten. Dabei würden die meisten Forderungen der Massenbewegung auf der Strecke bleiben, wie man schon heute am Beispiel der Syriza-ANEL-Regierung in Griechenland sehen kann.

Die ArbeiterInnen und Jugendlichen müssen deshalb eine unabhängige Organisation aufbauen und mit den Methoden des Klassenkampfes ihre Forderungen zu erringen. Anstatt das Regime „von innen zu verändern“, also ihm einen neuen Atemhauch zu verschaffen, müssen sie eine ArbeiterInnenrepublik auf den Trümmern des spanischen Kapitalismus aufbauen. Mit dieser Perspektive interveniert die Schwestergruppe von RIO, *Clase contra Clase*, in Kämpfe der ArbeiterInnen, Jugendlichen, Frauen und unterdrückten Massen.

Pablo Iglesias von Podemos sieht glücklich aus, doch seine Strategie geht nicht auf.



Erdoğan will alles

TÜRKEI: Bei den Wahlen am 7. Juni geht es nicht nur um die Macht des Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan. Es stellt sich auch die Frage, wie sich die Linke gegen diese autoritäre Regierung organisieren kann.

VON BARAN SERHAD

Am 7. Juni finden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Das türkische Regime befindet sich in einer kritischen Periode, gekennzeichnet von ökonomischer Anspannung und einer großen Streikwelle. Die Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) schreitet auf ihrem autoritären Kurs weiter voran. Gleichzeitig findet ein Aufschwung der HDP (Demokratische Partei der Völker) statt.

Die türkische Krise

Als die AKP im Jahr 2002 die Regierung übernahm, befand sich die Türkei in einer tiefen ökonomischen Krise. Die inzwischen 13-jährige Politik der neoliberalen Regierung von Recep Tayyip Erdoğan bestand aus Privatisierungen und Prekarisierung, um die Krise im Interesse der Bourgeoisie zu lösen. Hinzu kommen Korruption, Angriffe auf die KurdInnen, die Jugend, die Frauen, die AlevitInnen und weitere Minderheiten sowie die Einschränkung der Pressefreiheit.

Im Rahmen der weltweiten Wirtschaftskrise konnte das türkische Kapital profitieren, doch diese Tendenz schlägt nun in ihr Gegenteil um:

Das Wirtschaftswachstum sinkt deutlich, die Stärke des Dollars trifft das Land hart, und ein Drittel der Jugend unter 24 ist arbeitslos. Mit dem Arbeitsmord durch vermeidbare Unfälle steht die Türkei an der Spitze Europas:

Seit die AKP regiert, starben 16.000 ArbeiterInnen.

Die Unzufriedenheit mit dem autoritären AKP-Regime entlud sich im Juni 2013 mit den Gezi-Protesten. Millionen Menschen gingen auf die Straße und erschütterten das Land. Da die Bewegung aber die ArbeiterInnenklasse nicht aktiv einbezog und keine revolutionäre Führung hatte, konnte sie die Regierung nicht wirklich gefährden und endete mit einer Niederlage. Die AKP konnte diese Krise jedoch nur provisorisch überwinden, weil das neoliberale, autoritäre Modell einer Halbkolonie keine „Stabilität“ mehr gewährleisten kann. Daher gefährdet es nun selbst die langfristigen Interessen der türkischen Großbourgeoisie.

Erdoğan, zuerst als Regierungschef, nun als Staatspräsident, der *de facto* „die Regierung regiert“, erlebte außenpolitisch in seinen Regionalmachtbestrebungen eine desaströse Niederlage. Als NATO-Mitglied und strategischer Verbündeter der USA war die Türkei mit dem Beginn des Arabischen Frühlings bestrebt, sein „türkisches Modell“ einer parlamentarischen Demokratie unter Führung einer moderat-islamischen Partei auf Ägypten oder andere Länder der Region auszudehnen. Doch dieses Konzept ist gescheitert und die Türkei hat jetzt vorwiegend feindliche Beziehungen zu Syrien, Ägypten, Irak und Libyen.

Auch wenn die ArbeiterInnenklasse an den Gezi-Protesten nur sporadisch teilnahm, beginnt sie jetzt gegen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Schlachtfeld zu ziehen. Die AKP-Regierung hatte gegen Streiks in den Bereichen Luftfahrt, Bergbau, Metall, Bau, Transport, Verkehr und Bildung unter Berufung auf die nationale Sicherheit das Streikrecht aufgehoben. Während die staatstragenden Gewerkschaften profitierten, mussten die widerständigen mit harten Repressionen rechnen.

Dennoch entwickelt sich in der Türkei aktuell eine neue Streikkonjunktur, besonders im Metallsektor. In den letzten Wochen sind die ArbeiterInnen dutzender Fabriken für Lohnerhöhungen in den Streik getreten und haben sich dabei auch explizit gegen den Verrat ihrer Interessen durch die regierungsnahen Gewerkschaftsbürokratien aufgelehnt. Der türkische Metallsektor stand still, die Fabriken wurden zum Teil tagelang besetzt.

Ein Sprung in der Bonapartisierung

Trotz aller Spannungen konnte die AKP im letzten Jahr die Kommunalwahlen und die Präsidentschaftswahlen jeweils mit nur marginalen Verlusten gewinnen. Ihre aktuelle Kampagne für die Parlamentswahlen kündigt weitere Schritte in dem Prozess der Bonapartisierung an, den Erdoğan seit langer Zeit verfolgt. Dazu schlägt die AKP eine Verfassungsänderung vor: Justiz, Militär und sogar Parlament würden dem Staatspräsidenten gesetzlich untergeordnet – ohne dessen Zustimmung wird die Parlamentsmehrheit keine Gesetze mehr machen können.

In seiner Regierungszeit hat Erdoğan den Militärapparat, der im letzten Jahrhundert mehrfach im Dienste der türkischen und imperialistischen Bourgeoisien putschte, systematisch gesäubert und unter seine eigene Kontrolle gestellt. In der Vergangenheit brauchte die türkische Bourgeoisie oft eine Militärdiktatur, um ihre Herrschaft zu sichern – doch dieser allmächtige Staatsapparat wurde im letzten Jahrzehnt ein Hindernis für die ökonomische und politische Stabilität des Regimes. Statt auf Krieg gegen die kurdische Bewegung und die Linke, setzte die herrschende Klasse stärker auf neoliberale Privatisierungen und den „Friedensprozess“ mit der kurdischen Bewegung. Dennoch wird die Türkei weiterhin nach der Verfassung aus dem Putsch von 1980 regiert.

Als gesetzlich zur „Neutralität“ verpflichteter Staatspräsident

der Türkei führt Erdoğan momentan selbst die Wahlkampagne der AKP – in seinen Reden fordert er die Entmachtung des parlamentarischen Systems, weil angeblich eine Gefahr für die politische und wirtschaftliche Stabilität davon ausgehe. Um ein Referendum für eine Verfassungsänderung einzuleiten, benötigt die AKP mindestens 330 von insgesamt 550 Sitzen im Parlament. Dabei stützt sich die AKP unter anderem auf die Zehn-Prozent-Sperrklausel – ein Produkt des Putsch-Regimes von 1980.

Mit der Debatte um das Präsidialsystem steht die Türkei vor einem qualitativen Sprung in der Bonapartisierung des Regimes. Der Fokus vieler Linker auf demokratische Kämpfe gegen das autoritäre Regime sorgt dafür, dass breite Teile von ihr die Kandidaturen der HDP unterstützen.

Eine „Partei der Unterdrückten“?

Unbestritten ist die HDP das interessanteste Phänomen im Wahlkampf. Nach Umfragen vom Mai 2015 steht die HDP sehr nah am Einzug ins Parlament. Der Slogan ihres Co-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş, der im Sommer 2014 bei den Präsidentschaftswahlen 9,76 Prozent der Stimmen bekam, richtet sich gegen Erdoğan: „Du wirst kein Präsident.“

Die HDP ist eine neue Formation. Die kurdische Partei BDP (Partei des Friedens und der Demokratie) bildete vor den Parlamentswahlen 2011 gemeinsam mit mehreren linken und ArbeiterInnenorganisationen eine Wahlfront, da sie ihr radikal-demokratisches Programm auf die ganze Türkei ausdehnen wollte. Aus dieser Wahlfront ging zunächst der HDK (Demokratischer Kongress der Völker) hervor, die HDP wurde dann im Jahr 2012 offiziell als Partei gegründet. Sie besteht aus 32 Organisationen, darunter befinden sich kurdische, türkische und armenische Linke, Gewerkschaften, LGBTI-Gruppen, FeministInnen, AlevitInnen, UmweltaktivistInnen sowie demokratisch-islamische Gruppierungen. Ihr Programm konzentriert sich auf kulturelle und demokratische Rechte unter einem Projekt der „demokratischen Autonomie“, das zwar auf Selbstverwaltung beruht, aber das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht antastet.

Für die Parlamentswahlen stellt die HDP auch KandidatInnen aus der kurdischen Bourgeoisie auf. Ihre Wahltaktik hat zwei Seiten: In Nordkurdistan schicken sie religiöse und bürgerliche KandidatInnen ins Rennen, um der AKP ihre Basis streitig zu machen. Im Rest des türkischen Staats stellt die HDP eher linke, feministische, säkulare KandidatInnen auf, um von der Basis der kemalistischen CHP sowie von linken Kreisen Unterstützung zu erhalten. Diese pragmatische Taktik kennt keine Prinzipien – es geht hier nur um Parlamentssitze, in der Hoffnung auf Reformen innerhalb des Regimes, statt eine unabhängige Position der ArbeiterInnen und Unterdrückten aufzuzeigen. Dies zeigt klar die Grenzen der progressiven Linie der HDP.

Die HDP im Klassenkampf

Das Wahlprogramm der HDP geht durchaus auf die Situation der ArbeiterInnen ein und enthält Forderungen wie ein umfassendes Streikrecht und den Aufbau basisdemokratischer Strukturen innerhalb der Gewerkschaften mit durchschnitt-

Nicht nur für den Mord an Berkin Elvan während der Gezi-Proteste ist Erdoğan verantwortlich.



lichem ArbeiterInnenlohn für FunktionärInnen und jederzeitiger Abwählbarkeit. Doch bleiben diese Forderungen nur auf dem Papier, da die HDP nicht in Arbeitskämpfe interveniert und ihre Basis nicht mobilisiert. Im Wahlprogramm fordert die Partei den Stopp der Privatisierungen – aber ohne ein Konzept, das Privatisierungen verhindern oder rückgängig machen könnte. Und in der aktuellen Phase der scharfen Angriffe gegen die ArbeiterInnenklasse kämpft sie nicht für einen Generalstreik: Während die MetallarbeiterInnen aus mehreren Fabriken einen heroischen Arbeitskampf führen, begnügt sich die HDP mit rein symbolischen Solidaritätserklärungen.

In Bezug auf die nationale Frage vertritt die HDP die Linie der kurdischen Bewegung unter Führung der PKK seit Anfang des 21. Jahrhunderts: das Vorantreiben eines „Friedensprozesses“ auf der Grundlage einer demokratischen Autonomie. Dazu verlässt sich die HDP auf ein Bündnis mit der kurdischen Bourgeoisie und angeblich progressiven Teilen der türkischen Bourgeoisie. Auch deswegen will sie die Kämpfe der ArbeiterInnen nicht vorantreiben. Was sie jedoch übersieht: Dieser „Friedensprozess“ ist ein Diktatfrieden, der keine einzige der zentralen Forderungen der kurdischen Bevölkerung erfüllt und zudem immer wieder einseitig militärisch vom türkischen Staat gebrochen wird. Von einem solchen „Frieden“, sollte er jemals kommen, wird nur eine kleine Elite der kurdischen Bevölkerung profitieren, während die Massen weiterhin unter Armut und Repression leiden.

Die HDP hat kein antiimperialistisches Programm: Zwar spricht sie sich nicht für militärische Interventionen in der Region aus, doch dagegen stellt sie sich auch nicht. Die kurdische Bewegung sucht in der internationalen Arena Anerkennung für ihren demokratischen Kampf. Dabei lässt sie aber den blutigen Charakter des Imperialismus außer Acht: Dieser ist im Nahen und Mittleren Osten hauptverantwortlich an der Misere, aus der die Barbarei des Islamischen Staates hervorging. Das Streben der HDP nach „Anerkennung“ durch den Imperialismus ist kontraproduktiv im Kampf gegen den Krieg – und manchmal sogar kriminell, wo es zur Demobilisierung von Massenkämpfen beiträgt. Genau das passierte während der Schlacht um Kobanê, als die HDP sich gegen die Mobilisierung der kurdischen Massen in der Türkei gegen die Rolle der Erdoğan-Regierung gestellt hat.

Obwohl die strategische Ausrichtung der HDP parlamentarisch und reformistisch ist, unterscheidet sie sich durch ihre Stellung im Staat und die nationale Frage von Syriza und der Linkspartei: Die HDP hat momentan keine Regierungsperspektive, sondern steht mit dem möglichen Einzug ins Parlament gegen den autoritären Kurs Erdoğan's und für die Repräsentation der kurdischen Nation. Sie definiert sich – noch – als Partei der unterdrückten Minderheiten, während Syriza mit der Übernahme des kapitalistischen Staates, der Koalition mit der rechtspopulistischen ANEL und mit der Anerkennung der deutschen Spardiktate einen ganz anderen Weg geht. Die HDP ist eine reformistische Partei einer unterdrückten Minderheit in einem halbkolonialen Land, während etwa die deutsche Linkspartei für imperialistische Auslandseinsätze und Spardiktate stimmt – also eine offen sozialchauvinistische Position einnimmt.

Wie soll die Bonapartisierung bekämpft werden?

Es ist notwendig das Recht der kurdischen Nation und weiterer unterdrückter Teile der Gesellschaft auf parlamentarische Repräsentation zu erkämpfen. Die antidemokratische Zehn-Prozent-Hürde muss abgeschafft werden. Zudem ist mit massiver Wahlfälschung zu rechnen, um der AKP die nötigen Parlamentsitze für ihren autoritären Kurs zu verschaffen. Dagegen braucht es eine breite demokratische Kampagne zur Abschaffung dieser Hürde und gegen jegliche Wahlfälschung, mit der Perspektive

eines politischen Generalstreiks. Der Einzug der HDP ins Parlament könnte eine Hürde für die arbeiterInnenfeindliche AKP sein, ihr vielleicht sogar die absolute Mehrheit für die Bildung einer Alleinregierung nehmen. Unter diesen Vorzeichen werden viele Linke und ArbeiterInnen ihre Stimme der HDP geben.

Viele Forderungen der HDP sind fortschrittlich: gegen die Angriffe auf die ArbeiterInnen, gegen die Unterdrückung von Frauen und LGBTI-Menschen sowie gegen die Unterdrückung der KurdInnen und anderer Minderheiten. Diese progressiven Forderungen haben aber im Parlament keinerlei Aussicht auf Umsetzung. Als klassenversöhnlerisches Projekt wird die HDP ihre kurdischen, linken oder proletarischen UnterstützerInnen wieder der Diplomatie mit der Erdoğan-Regierung opfern, wie sie es schon bei den Gezi-Protesten tat, wie sie es aktuell bei den Streiks tut. Auch kann die HDP mit ihrem Parlamentskurs beispielsweise nicht verhindern, dass sich Erdoğan für seinen Bonapartisierungskurs an die MHP (Partei der nationalistischen Bewegung) wendet, die ihm den Weg durch weitere Angriffe auf ArbeiterInnen und KurdInnen ebnet.

Selbst wenn der Einzug der HDP ins Parlament Erdoğan's Projekt eines Präsidialsystems erschweren könnte, muss der Fokus des Kampfes gegen das autoritäre Regime deshalb in den Betrieben und auf den Straßen liegen. Dafür brauchen wir keine „demokratische“ Partei, die die Ausbeuteten mit ihren „fortschrittlichen“ AusbeuterInnen vereinigt, sondern eine revolutionäre ArbeiterInnenpartei. Zurzeit gibt es keine solche Partei in der Türkei. Sie ist aber bitter nötig, um das Streikrecht zu erkämpfen, die Massaker an den ArbeiterInnen zu stoppen, die Bürokratie aus den Gewerkschaften zu werfen, die Prekariisierung rückgängig zu machen und die privatisierten Betriebe unter ArbeiterInnenkontrolle zu verstaatlichen. Nur wenn die ArbeiterInnenklasse Vertrauen in ihre eigenen Kampfmethoden – wie Streiks und Besetzungen – gewinnt, kann Erdoğan's System aus dem Weg geräumt werden. Die Unterstützung der Streiks im Metallsektor, ihre Ausweitung und Politisierung sowie der Aufbau einer antibürokratischen Strömung in den Gewerkschaften sind deshalb die notwendigen Schritte.

Revolutionäre ArbeiterInnenpartei

Die Befreiung der kurdischen Nation aus Unterdrückung und Ausbeutung ist mit dem Friedensprozess nicht möglich, sondern nur mit der Gründung einer revolutionären ArbeiterInnenpartei in der Türkei und in Kurdistan. Sie muss in ihr Programm das bedingungslose Recht auf nationale Selbstbestimmung aufnehmen – also auch das Recht auf nationale Unabhängigkeit, und nicht nur „Autonomie“ im Rahmen des türkischen Staates. RevolutionärInnen müssen alle demokratischen Forderungen der Unterdrückten unterstützen und sie konsequent gegen alle KapitalistInnen wenden – in der Türkei, in den imperialistischen Ländern und auch in Kurdistan selbst. Die ArbeiterInnen brauchen eine unabhängige politische Perspektive. Der Imperialismus spielt im Nahen und Mittleren Osten eine besonders verbrecherische Rolle: Gegen die jahrhundertlange Ausplünderung der Region brauchen wir eine sozialistische Föderation des Nahen und Mittleren Ostens.

Wir brauchen eine Antwort auf die allgegenwärtige Krise in der Türkei, die uns das bürgerliche Wahlsystem nicht bieten kann. Wir sagen deshalb zu Erdoğan nicht nur „Du wirst kein Präsident!“, sondern auch „Dein System werden wir stürzen!“. Anstatt eines Referendums über das Präsidialsystem fordern wir eine souveräne verfassungsgebende Versammlung, gewählt von allen Menschen im türkischen Staat mit einer proportionalen Repräsentation der Minderheiten, um nicht nur die demokratischen Fragen, sondern vor allem die drängenden sozialen Forderungen der ArbeiterInnen und die Lage der kurdischen Nation zu entscheiden.

Rauswurf aus der Familie?

SIEMENS AG: Viele SiemensianerInnen verstanden sich lange Zeit als Teil einer großen Familie. Doch der Vorstand will erneut tausende „Familienangehörige“ auf die Straße setzen.

VON GÜNTER HEU¹

Im Februar wurden 7.800 Entlassungen angekündigt. Nun legt Siemens-CEO Joe Kaeser mit neuen Umstrukturierungsplänen nach: Am 4. Mai verkündete er den Abbau weiterer 4.500 Stellen in der ehemaligen Division „Energy“. Kaeser ist international nun für mehr als 12.000 verlorene Jobs verantwortlich. Und trotz steigender Gewinne setzt der Vorstand mit seinen erneuten Umbauplänen – „Vision2020“ und „Power and Gas2020“ – zu weiteren Angriffen auf die ArbeiterInnen an. So werden die beiden Programme zu einer Horrorvision für die Belegschaft.

Auch im Berliner Gasturbinenwerk sollen massiv Arbeitsplätze abgebaut werden. Von den 3.700 Beschäftigten in Produktion, Verkauf und Service soll jede R Vierte das Werk verlassen. Die Stimmung ist angespannt. Am 8. Mai informierte die Unternehmensleitung die Belegschaft über das vermeintlich notwendige Transformationsprogramm am Standort. Obwohl die Produktionszahlen steigen und die Auftragsbücher sich füllen, möchte die Unternehmensleitung die Produktpalette einschränken. Die Industriegewerkschaft Metall (IGM) kritisiert die so sinkende Flexibilität und damit die sinkende Konkurrenzfähigkeit. KollegInnen äußern die Befürchtung, dass nun das gesamte Werk und nicht mehr nur einzelne Abteilungen auf ihre Schließung vorbereitet werden.

Aussicht: Befristung

Um die Perspektive vor allem für Auszubildende, Werksstudierende und Dual-Studierende im Werk steht es schlecht. Sie bekommen die Angriffe der Chefs schon

jetzt zu spüren. Unbefristete Übernahmen gibt es kaum noch. Fast alle Auszubildenden bekommen nur noch Verträge für ein Jahr. Die Angst, die durch diese Ankündigungen geschürt wird, entmutigt viele Auszubildende. Vergangene Aktionen der IGM für bessere Übernahmbedingungen der Lehrlinge scheiterten. Zwar konnte die Leitung nach der Kampagne „Operation Übernahme“ zur Aufnahme der garantierten unbefristeten Übernahme verpflichtet werden. Eine Klausel befreit das Unternehmen jedoch von dieser Regelung bei schlechter wirtschaftlicher Lage. Das legt klar die Heuchelei der Gewerkschaftsbürokratie offen.

Auch die KollegInnen in Mühlheim an der Ruhr sind von den Kürzungen betroffen: 950 Beschäftigte von Oil & Gas müssen hier gehen. Das steigert die Solidarität unter den KollegInnen deutschlandweit und kann eine Chance für eine gemeinsame Kampagne gegen Entlassungen werden, die alle Sektoren im Werk miteinschließt.

Auslagerungen

Vom Berliner Gasturbinenwerk soll die Endmontage ganzer Turbinen nach Saudi-Arabien und St. Petersburg verlegt werden. Fertigung und Zukauf von Bauteilen sollen nach Budapest und Brünn ausgelagert werden. Zwar würden so 100 neue Stellen im Ausland entstehen, doch was bringt diese Zahl angesichts der massiven Streichungen? Allein in Deutschland wird Siemens 1.600 Menschen weniger beschäftigen. Die IGM plädiert in ihren Stellungnahmen nur für den Erhalt dieser Arbeitsplätze. Dass weltweit über 12.000 ArbeiterInnen entlassen werden sollen, scheint für sie nebensächlich zu sein.

Der Betriebsrat reagierte am 12. Mai mit einer Betriebsversammlung auf offe-

nem Gelände des Gasturbinenwerks. Dazu wurde die Arbeit für eine Stunde niedergelegt. Der Andrang war sehr groß und die Stimmung kämpferisch. Es kamen KollegInnen sowie Betriebsräte aus dem Berliner Schalt- und Messgerätewerk. Diese außerordentliche Betriebsversammlung wurde nicht beendet. Damit behält sich die IGM das Recht vor, sie jederzeit wieder einzuberufen. Für den 9. Juni wurde die Fortsetzung im Rahmen eines Aktionstages angekündigt.

Widerstand

„Mensch vor Marge“ hat sich die IGM seit Jahren auf die Fahnen geschrieben. Gegen die Entlassungspläne jedoch geht der Betriebsrat bisher nur vor, indem er freundliche Briefe verfasst und Gespräche mit CDU-Abgeordneten sucht. Er vertritt immer wieder standortnationalistische Positionen, statt für alle entlassenen KollegInnen einzutreten. Um dem „Sozialpartner“ entgegen zu kommen, ruft der Betriebsrat sogar die Belegschaft dazu auf, selber Kürzungsvorschläge im Rahmen von kostensenkenden Maßnahmen zu machen. Letztendlich stellt also auch die IGM die Interessen der KapitalistInnen über die der ArbeiterInnen. Diese Strategie kann nicht zum Erfolg führen.

Wir wollen, dass keine Kollegin und kein Kollege gehen muss. Die ArbeiterInnen dürfen sich nicht einschüchtern lassen und müssen sich auch gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie betrieblich und überbetrieblich organisieren. Wir brauchen einen Kampfplan, um gegen die Entlassungen vorzugehen. Die Umstrukturierung darf nicht auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden. Wir wollen uns nicht von der Gier der KapitalistInnen verschlingen lassen!

1. Arbeiter bei der Siemens AG in Berlin.



Streikwelle und Streikrecht

VON PETER ROBE UND STEFAN SCHNEIDER

Viele gelbe
Fahrräder der Post
bleiben wegen der
Streiks stehen.

Die Einschränkung des Streikrechts ist offiziell: Am vergangenen 22. Mai wurde das Gesetz zur Tarifeinheit im Bundestag angenommen. Nach einer formalen Nachabstimmung im Bundesrat wird es am 1. Juli in Kraft treten. Es soll Fälle der „Tarifkollision“ regeln, also wenn zwei Gewerkschaften für denselben Bereich Tarifverträge aushandeln wollen. Dann verbietet es der kleineren Gewerkschaft, für ihre Mitglieder zu verhandeln und damit auch zu streiken. Ihr bleibt nur die Möglichkeit, den von der größeren Gewerkschaft verhandelten Vertrag zu unterzeichnen. Teilen der ArbeiterInnenklasse wird damit der Zugang zum Streikrecht verwehrt: Dazu gehören kleine Spartengewerkschaften, die in den letzten Jahren durch den Burgfrieden der DGB-Gewerkschaftsführungen wachsen konnten, aber auch Beschäftigte aus Bereichen mit niedrigem Organisationsgrad wie im Einzelhandel.

Während sich große Gewerkschaften wie die GEW oder ver.di sowie Spartengewerkschaften wie die GDL offiziell gegen dieses Gesetz stellen, unterstützen die bürokratischen Führungen der Industrie- und Eisenbahngewerkschaften das Gesetz. Sie erhoffen sich damit, Konkurrenz aus dem Weg zu schaffen und ihre privilegierte Position zu festigen. Damit stärkt das Gesetz die Teile der Gewerkschaftsbürokratie, die zwar die schweren Bataillone der IndustriearbeiterInnenklasse anführen, diese aber zu unternehmerInnenfreundlicher Stillstarre erziehen. Doch auch die „oppositionellen“ Gewerkschaftsbükratien stellen sich in der Praxis nicht gegen den Vorstoß der Regierung – so spricht

sich GEW-Vorstand Norbert Hocke während des Sozial- und Erziehungstreiks vor Streikenden in München für die „Tarifeinheit“ aus, die sich angeblich gegen „Partikularinteressen“ richte.

Weitere Angriffe folgen

Schon am Tag nach der Verabschiedung des Gesetzes wurden Stimmen laut, die weitere Verschärfungen forderten. Der Vize-Präsident der Unionsfraktion Michael Fuchs meint, das Gesetz werde die „harten Tarifkonflikte [...] nicht verhindern können“. Er fordert unter anderem eine 48-stündige Ankündigungsfrist von Streiks und zwangsweise Schlichtungsrunden. In den letzten Monaten hatte die reaktionäre *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vehement eine Regulierung des Streikrechts gefordert, zu der ein Streikverbot in Bereichen der Daseinsvorsorge und strategischen Betrieben gehöre. Die herrschende Klasse greift mit ihren Medien und PolitikerInnen die Rechte der ArbeiterInnen an.

Doch damit nicht genug: Das Tarifeinheitsgesetz reicht ihnen im Kampf gegen die aktuelle Streikwelle nicht aus. Beim aktuellen Streik bei der Post AG zeigt sich, wie auch die Justiz gegen die ArbeiterInnen eingesetzt wird: Um auf die streikenden KollegInnen Druck aufzubauen, setzt der ehemalige Staatskonzern, heute das größte Post- und Logistikunternehmen der Welt, Beamten aus dem eigenen Betrieb und ArbeiterInnen aus Polen als StreikbrecherInnen ein. Die Gewerkschaft ver.di klagte dagegen vor dem Arbeitsgericht Bonn und verlor. Das Gericht verwies auf ein Präzedenzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1993, in dem die „freiwillige“ Versetzung von Beamten an die Arbeitsplätze von Streikenden als legal betitelt wurde.

ARBEITSKÄMPFE: Auch wenn der historische Streik der LokführerInnen vorerst gestoppt ist, sind in Deutschland weiterhin viele Streiks im Gange. Doch ein Angriff auf das Streikrecht jagt den nächsten. Welche Perspektive brauchen wir gegen diese Offensive der Herrschenden? Wie können die aktuellen Streiks gewonnen werden?

Damit statuiert die Justiz ein Exempel, das der vollständigen Aushöhlung des Streikrechts durch personelle Umverteilung Tür und Tor öffnet – und zeigt damit deutlich ihren Klassencharakter. Neu sind diese und viele andere perfide Manöver der KapitalistInnen natürlich nicht: In fast jedem Arbeitskampf werden streikende KollegInnen mit Schikanen des „Union Busting“ konfrontiert, in Extremfällen wie dem Kampf beim Hamburger Verpackungs-hersteller Neupack im Jahr 2013 werden BetriebsaktivistInnen bis heute dutzende Male vom Unternehmen verklagt. Das macht es umso nötiger, gegen diese und kommende Angriffe auf das Streikrecht eine Perspektive zu entwickeln.

Alte Sozialpartnerschaft und neue Kampfbereitschaft

Die Ausgangssituation sieht eigentlich gar nicht so schlecht aus: In den letzten Monaten gab es für deutsche Verhältnisse eine regelrechte Streikwelle. Wie selten in den vergangenen Jahren stehen Arbeitskämpfe im Fokus der Öffentlichkeit. Die aktuellen Angriffe auf das Streikrecht sind letzten Endes nur als präventive Antwort auf eine sich langsam – wenn auch widerspruchsvoll und nur im Rahmen des Reformismus – radikalisierte Klassenkampfsituation in der BRD zu verstehen.

Die „Sozialpartnerschaft“ wird selbst in ihren traditionellen Hochburgen wie der Metall- und Elektroindustrie immer stärker von den KapitalistInnen in Frage gestellt. Das zeigen die Schließung von Opel Bochum im letzten Jahr oder die Ankündigung tausender Entlassungen aktuell bei Siemens. In prekären Bereichen entstehen neue Sektoren der ArbeiterInnenklasse, die wenig Hoffnung in sozialpartnerschaftliche Lösungen setzen können. Besonders deutlich wird dies bei den ArbeiterInnen des multinationalen Konzerns Amazon, die seit über drei Jahren für bessere Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag streiken und deren Kampf sich inzwischen zu einem Symbol des Widerstandes gegen die Prekarisierung entwickelt hat. Aber auch die ErzieherInnen stehen seit Wochen im unbefristeten Streik für eine neue Entgeltordnung, zuletzt demonstrierten sie am 28. Mai mit 30.000 Menschen ihre Entschlossenheit.

Doch nicht nur in prekären Bereichen erodiert die Sozialpartnerschaft. Selbst ehemalige Staatsbetriebe wie die Deutsche Bahn AG (DB) oder die Deutsche Post AG wenden sich teilweise von ihrer Stütze auf die klassenversöhnlerische Gewerkschaftsbürokratie ab, um ihre Profitinteressen stärker durchzusetzen. Die Post brach mit der Gründung von 49 Regionalgesellschaften zur Verschlechterung tausender Arbeitsverträge den gültigen Tarifvertrag mit ver.di. Die Deutsche Bahn blockierte monatelang jede Übereinkunft mit den zuständigen Gewerkschaften und appellierte an Justiz und Regierung, der GDL das Streikrecht zu nehmen.

Die Deutsche Bahn zeigt aber auch, dass die Erosion der Sozialpartnerschaft ein widersprüchlicher und bei Weitem kein linearer Prozess ist – gerade die reformistischen Gewerkschaftsbürokratien klammern sich mit aller Kraft an diese Quelle der Legitimation. Nachdem im Konflikt mit der GDL eine Schlichtung erzwungen wurde, einigte sich die DB in Windeseile mit der größeren und unternehmenstreueren EVG. Der mit ihr abgeschlossene Tarifvertrag bleibt besonders in der Frage der Wochenarbeitszeit weit hinter den Forderungen der GDL zurück, wird aber die Grundlage

für den Schlichtungsprozess darstellen. Diese Einigung stellt keinen Erfolg für die ArbeiterInnen dar, die bereit waren, für mehr zu kämpfen. Der EVG-Abschluss setzt einer der kämpferischsten Erfahrungen der letzten Jahre einen Riegel vor und lenkt sie in die Bahnen der bürgerlichen Legalität, wo die ArbeiterInnen nur passiv zuschauen können.

Auch bei der Post werden wichtige Auseinandersetzungen von Seiten der Gewerkschaft vermieden. Ver.di fordert für die 130.000 Tarifangestellten wichtige Kürzungen der Arbeitszeit, blendet jedoch die Spaltung der Belegschaft durch die Zersplitterung des Unternehmens völlig aus.

Kampfhindernisse überwinden

Die ArbeiterInnen in der GDL und anderswo haben monatelanger medialer Hetze getrotzt und heroisch gekämpft. Sie gehören zu einer neuen Generation von ArbeiterInnen, die sich nach Jahren des Rückzugs und der Niederlage zu wehren beginnt. Ihre vielfältigen Kampferfahrungen gehen ein ums andere Mal über den engen sozialpartnerschaftlichen Rahmen der Gewerkschaftsbürokratie hinaus. Dazu gehören zahlreiche gegenseitige Solidaritätsaktionen zwischen den verschiedenen Streiks: die LokführerInnen mit den ErzieherInnen, die ErzieherInnen mit Amazon-ArbeiterInnen, die Amazon-ArbeiterInnen mit den Post-Beschäftigten. Dazu gehören Elemente von Streikdemokratie, die von Ansätzen eigenständiger Koordination zwischen den Logistikzentren von Amazon über Versuche internationaler und branchenübergreifender Vernetzung im Logistiksektor bis hin zu Abstimmungen an der Basis über den Streikverlauf im aktuellen Kampf im Sozial- und Erziehungsdienst reichen.

Klar ist aber auch, dass diese Ansätze engen Grenzen unterliegen. Bis jetzt gibt es keine Anzeichen für die Entwicklung einer klassenkämpferischen Strömung in den Gewerkschaften, die der Sozialpartnerschaft der Gewerkschaftsbürokratie eine Perspektive seitens der Basis entgegensetzen würde: Die neuen Erfahrungen in der Streikdemokratie der Sozial- und Erziehungsdienst-Beschäftigten werden von den beiden Streikführungen in ver.di und GEW gefördert, weil sie die FunktionärInnen entlasten, können von denen aber genauso schnell wieder eingestampft werden. Und die GDL-Streikführung bleibt auch nach mehreren unbefristeten Streiks fest in der Hand der Bürokratie; KollegInnen erfuhren von der vereinbarten Schlichtung erst aus der Zeitung. Die fortgeschrittensten Erfahrungen machen gerade die aufgrund der Länge und Härte ihres Streiks immer wieder neu auf den Prüfstand gestellten KollegInnen von Amazon. Doch auch hier hat sich trotz verschiedener wichtiger Ansätze noch keine wirkliche Herausforderung der Gewerkschaftsbürokratie entwickelt.

Diese Grenzen zu überwinden ist lebensnotwendig, um die Auseinandersetzungen selbst zu gewinnen. Es ist die Aufgabe klassenkämpferischer ArbeiterInnen und der revolutionären Linken, die existierenden Tendenzen weiterzuentwickeln. Nur durch die Zusammenführung der Kämpfe in der Perspektive eines politischen Generalstreiks gegen die Regierung und die Absetzung der bürokratischen Führungen gibt es bleibende Siege und ein stärkeres Streikrecht. Wir wollen unsere bescheidenen Kräfte für den Austausch zwischen den fortgeschrittensten Sektoren dieser Kämpfe einsetzen, um zum Aufbau einer klassenkämpferischen und antibürokratischen ArbeiterInnenbewegung beizutragen.

Kampf um die Zukunft

AMAZON: Der Kampf gegen die Befristungspraxis am Standort Brieselang geht weiter und wird immer dringlicher. Die KollegInnen kämpfen vor Gericht und im Betrieb für ihre Rechte.

VON ALEXEJ PESCHKOW

Die letzte Entlassungswelle zum Jahreswechsel 2014/15 ist noch nicht ganz vergessen und es gibt noch juristische Nachspiele, da steht schon die nächste Entlassungswelle im Amazon-Standort Brieselang bei Berlin an. Stichtag ist der 30. Juni, dann laufen rund 200 Verträge von befristeten KollegInnen aus. Dabei will die Geschäftsführung die KollegInnen nicht einmal rechtzeitig informieren: Die Ankündigung, wer bleiben darf und wer nicht, wird immer wieder mit faden Ausreden aufgeschoben, sodass KollegInnen selbst Ende Mai teils noch nicht wussten, ob ihre Verträge verlängert werden oder nicht.

Aufgrund der massenhaften Entlassungen Ende Dezember und Ende Januar – es waren nicht weniger als 1.000 Beschäftigte! – gibt es nun viel weniger MitarbeiterInnen als vor und während der Weihnachtszeit. Dennoch bleibt der Grad der Befristung hoch: Es sind weit mehr als 50 Prozent der Beschäftigten. Auch deswegen war der Standort bisher noch nicht in der Lage zu streiken. Die Unsicherheit unter den KollegInnen ist recht groß und nicht wenige gehen bis an ihre körperlichen Grenzen, um doch noch eine Verlängerung zu erhalten.

100 Personen auf einer Veranstaltung zum Amazon-Streik in Berlin – Bericht und Video auf unserer Website.

Lehren aus der Vergangenheit

Nur aufgrund der herrschenden politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse, die die Agenda 2010 hervorbrachte, wurde eine Geschäftspraxis wie diese überhaupt erst ermöglicht. Dadurch ist Amazon in der Lage, zunächst viele Menschen befristet einzustellen und diese nach Ende des Vertrages wieder *en masse* zu entlassen. Ein hervorragendes Geschäftsmodell für das Unternehmen, welches weder Interesse hat, die Gewerkschaft überhaupt anzuerkennen, noch einen Tarifvertrag abzuschließen – denn natürlich sind Befristungen auch ein Mittel, um die gewerkschaftliche Organisation wenn möglich schon im Ansatz zu ersticken. Nicht zufällig traf die Entlassung viele Gewerkschaftsmitglieder und Betriebsräte, die sich für die Interessen ihrer KollegInnen einsetzten.

Aber die Nicht-Verlängerung der Verträge blieb nicht widerstandslos: Fünf Betriebsratsmitglieder zogen seitdem vor Gericht. Sie klagen für die Wiedereinstellung in den Betrieb. Dabei stellen sie ihre Gerichtsverfahren in den Kontext der Entfristungskampagne und führen diesen juristischen Prozess auch als politischen Kampf. Und auch die Beschäftigten wünschen sich ihre KollegInnen zurück, was sie in der gemeinsamen Kampagne mit dem *Berliner Solidaritätskreis für die Beschäftigten bei Amazon* zeigten, mit Flugblättern im Betrieb, Unterstützung bei den Gerichtsterminen, Teach-Ins an der Universität und einer großen Veranstaltung zusammen mit

dem bekannten Soziologen Klaus Dörre sowie streikenden KollegInnen aus Bad Hersfeld, zu der rund 100 Personen zusammenkamen.

Entfristungen jetzt!

Bei dieser Veranstaltung drückte sich auch das gemeinsame Ziel aller Teilnehmenden aus: den KollegInnen nicht nur in dieser schwierigen Lage zur Seite zu stehen, sondern auch für die Entfristungen zum 30. Juni zu kämpfen. Um dies zu erreichen, müssen sich die KollegInnen im Betrieb weiter organisieren, denn hier liegt der Schlüssel, um Druck aufzubauen.

Neben der gewerkschaftlichen Organisation ist aber auch die Solidarität aus anderen Sektoren und von allen gewerkschaftlichen und linken Organisationen gefragt. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Amazon durch seine Befristungspraxis gewerkschaftliche Organisation und Widerstand einfach so zerschlägt, deshalb ist gerade zu diesem kritischen Zeitpunkt Unterstützung notwendig.

Außerdem muss Druck auf den Gewerkschaftsapparat aufgebaut werden, der bisher eher passiv beobachtet, wie Amazon versucht, die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisation zu zerstören. Die skandalöse Befristungspraxis muss aufgedeckt und abgeschmettert werden. Es muss klar sein, dass dies im Kern ein hochpolitischer Kampf um unsere zukünftigen Arbeitsbedingungen ist: Wollen wir in Zukunft unter sicheren und nicht prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen leben, so müssen wir schon jetzt die Befristungen bekämpfen!

Brieselang: KollegInnen klagen an!

Am 28. Mai stand der zweite Verhandlungstermin eines ehemaligen Betriebsratsmitglieds bei Amazon in Brieselang an. Amazon weigerte sich, die Forderungen der Kollegin zu akzeptieren und sie wieder im Betrieb zu beschäftigen. Solidarische AktivistInnen und vor allem KollegInnen von Amazon zeigten Solidarität, unter ihnen auch einige, die selber für eine Wiedereinstellung klagen. Die Erkenntnis, dass es sich um einen gemeinsamen Kampf handelte, beflügelte die Entschlossenheit aller anwesenden KollegInnen. Gleichzeitig betonten sie immer wieder, dass es sich hierbei auch um eine politische Auseinandersetzung gegen die Bedingungen und Gesetze, die eine solche Situation erst ermöglicht, handelt. Es kam zu keinem Urteil und keiner Einigung. Der Kampf vor Gericht und im Betrieb geht also weiter – schon am 24. Juni steht der nächste Gerichtstermin von gleich vier Betriebsratsmitgliedern an.



➔ Fortsetzung von Seite 16

den parlamentarischen Positionen wie die der PTS innerhalb der Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) in Argentinien und den innovativen Werkzeugen, die wir nutzen um revolutionäre Ideen zu verbreiten, wie die Online-Tageszeitung *LalquierdaDiario*. Dies alles muss in den Dienst des Aufbaus von starken, kämpferischen ArbeiterInnenparteien gestellt werden, auf nationaler und internationaler Ebene. [...]

Welche Fragen der globalen Geopolitik wurden auf der Konferenz diskutiert?

Fabián Puelma (FP): Im Kontext der kapitalistischen Krise und dem Niedergang der Hegemonie der Vereinigten Staaten entstanden wichtige geopolitische Konflikte. Zum Beispiel in der Ukraine, wo der „Westen“ (die Vereinigten Staaten und die Europäische Union) und Russland in Konflikt miteinander stehen. Während der Konferenz wurde auch über die Situation im Nahen Osten gesprochen. Dort hängen die heutigen Konflikte und Kriege mit dem reaktionären Kurs, den der „Arabische Frühling“ genommen hat, zusammen, vor allem die tiefergehenden Prozesse wie die in Ägypten und Tunesien. Die Aufstände in Syrien gegen Assad sind zu einem BürgerInnenkrieg zwischen reaktionären Fraktionen geworden, die von Regionalmächten und den imperialistischen Mächten unterstützt werden, wie zum Beispiel im Fall der Freien Syrischen Armee. Als Resultat der Bedingungen, die durch die imperialistischen Interventionen in der Region geschaffen wurden, insbesondere durch den Irakkrieg, ist der Islamische Staat entstanden. Diese vollkommen reaktionäre Kraft hat die Vereinigten Staaten dazu gebracht, wieder einmal militärisch in der Region einzugreifen. Ein anderes wichtiges Element, welches die Lage in der Region verändert, ist das Übereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran. Dieses Übereinkommen wurde von traditionellen US-Verbündeten, wie Saudi-Arabien und Israel, heftig abgelehnt.

Diana Assunção (DA): In diesem Kon-

text haben wir auch die Lehren des „Arabischen Frühlings“ diskutiert. Dieser war, trotz seiner Begrenzungen, der erste revolutionäre Versuch in der Periode, die mit der kapitalistischen Krise begann. Wie wir schon vorher gesagt haben waren die Prozesse tiefergehend in Tunesien und Ägypten, wo die ArbeiterInnenklasse mit ihren Organisationen intervenierte. Dadurch wurde es für die Armee notwendig, Staatsstreiche durchzuführen, um diese Prozesse zu stoppen und ein Regime ähnlich dem Mubaraks wiederherzustellen. Eine der grundlegenden Schlussfolgerungen aus dem „Arabischen Frühling“ ist, dass „demokratische Revolutionen“ nicht siegen können, wie die Mehrheit der linken Strömungen der Welt behaupten (so unter anderem die LIT-CI, die Internationale ArbeiterInnenliga – Vierte Internationale, deren wichtigste Organisation die PSTU in Brasilien ist). Dadurch unterstützten diese Strömungen letztendlich kapitalistische und sogar imperialistische Alternativen, wie in Libyen und Syrien. Es hat sich wieder einmal gezeigt, dass es für den Sieg notwendig ist, dass die ArbeiterInnenklasse, in Verbund mit allen Unterdrückten, dafür kämpft, die ökonomische und politische Macht der KapitalistInnen zu zerstören, um bei der Errichtung einer ArbeiterInnenregierung voranzuschreiten. Das heißt, die Theorie der „permanenten Revolution“ hat sich in der aktuellen politischen Situation bestätigt. [...]

Welche Herausforderungen haben wir als RevolutionärInnen in dieser Periode?

Sergio Moissens (SM): Wir beobachten die Krise des lateinamerikanischen Populismus ebenso wie beginnende Kämpfe der ArbeiterInnenklasse in wichtigen Ländern wie Brasilien und Argentinien. Dies zeigt für uns die Notwendigkeit auf, unsere Anstrengungen zum Aufbau revolutionärer Organisationen, die in der ArbeiterInnenklasse und dem Klassenkampf verwurzelt sind, zu verdoppeln. Wir gehen dabei von wichtigen Errungenschaften aus, wie dem Aufbau der PTS in Fabriken im Industriegürtel im Norden von Buenos Aires und der Konsolidierung der FIT als politischen Bezugspunkt für wichtige Sektoren der LohnarbeiterInnen. [...]

Daniela Cobet (DC): Europa wurde von der Krise hart getroffen und wichtige Prozesse des Klassenkampfes begannen. Doch es tauchte der Neoreformismus von Parteien wie Podemos und Syriza auf, der versucht die Klassenkämpfe im Rahmen des Kapitalismus zu begrenzen. Große Teile der klassischen radikalen Linken haben sich an diese reformistischen Phänomene



PTR – Partei Revolutionärer ArbeiterInnen

angepasst. Auf der anderen Seite haben unsere Organisationen die Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse und die revolutionäre Strategie verteidigt. Wir suchen nach Wegen, um uns gemeinsam mit anderen linken Sektoren dieser Anpassung zu widersetzen. [...]

CC: Um in dieser Periode aktiv zu intervenieren und um unsere Ideen unter Hunderttausenden und zukünftig Millionen von ArbeiterInnen und Jugendlichen zu verbreiten, haben wir das Projekt *LalquierdaDiario* begonnen und ausgeweitet. Dieses Projekt begann in Argentinien und hat jetzt seine eigenen Zeitungen in Brasilien, Chile und Mexiko. Es ist schnell zu einem Bezugspunkt geworden, der selbst die traditionellen linken Zeitungen in seiner Beliebtheit übertroffen hat. Zusätzlich beziehen wir die Gruppen aus Venezuela, Bolivien, Uruguay und dem spanischen Staat in das Projekt mit ein. *LalquierdaDiario* ist in Lateinamerika zu einem System aus sozialistischen Zeitungen und audiovisuellen Medien geworden, mit dem leidenschaftlichen Ziel ein schlagkräftiges Propagandamittel für die Verbreitung kommunistischer Ideen zu werden, im Dienste des Aufbaus von starken revolutionären Organisationen.

Zuletzt beschloss die neunte Konferenz der FT auch, weiter daran zu arbeiten, eine Bewegung für eine Internationale der sozialistischen Revolution (Vierte Internationale)¹ aufzubauen. Dies bedeutet, die Annäherungen der Sektoren des linken Flügels der internationalen trotzkistischen Bewegung, die sich gegen den rechten Kurs ihrer Führungen wehren, voranzutreiben und sich gemeinsam mit ihnen mit den Avantgardesektoren der ArbeiterInnen und der Jugend zu verbinden, um so voranzuschreiten im Wiederaufbau der Vierten Internationalen.

1. <http://www.klassegegenklasse.org/manifest-fur-eine-bewegung-fur-eine-internationale-der-sozialistischen-revolution/>



MRT – Revolutionäre Bewegung der ArbeiterInnen

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Troztkistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro

Internationale Konferenz in Buenos Aires

INTERVIEW: Die neunte internationale Konferenz der Troztkistischen Fraktion – Vierte Internationale (Fracción Troztkista – Cuarta Internacional, FT-CI) fand vom 28. April bis zum 3. Mai in Buenos Aires statt.

Die Internationale Konferenz der FT-CI wurde von Delegationen der *Partido de Trabajadores Socialistas (PTS – Partei Sozialistischer ArbeiterInnen)* aus Argentinien, des *Movimiento de los Trabajadores Socialistas (MTS – Bewegung der Sozialistischen ArbeiterInnen)* aus Mexiko, des *Movimento Revolucionário de Trabalhadores (MRT – Revolutionäre Bewegung der ArbeiterInnen, früher LER-QI)* aus Brasilien, der *Partido de los Trabajadores Revolucionarios (PTR – Partei Revolutionärer ArbeiterInnen)* aus Chile, der „*Courant Communiste Révolutionnaire*“ (**CCR – Revolutionär-Kommunistische Strömung**) in der *Nouveau Parti Anticapi-*

taliste (NPA – Neue Antikapitalistische Partei) aus Frankreich, *Clase contra Clase (CcC – Klasse gegen Klasse)* aus dem Spanischen Staat, der *Liga Obrera Revolucionaria (LOR – Revolutionäre ArbeiterInnenliga)* aus Bolivien, der *Liga de Trabajadores por el Socialismo (LTS – ArbeiterInnenliga für den Sozialismus)* aus Venezuela, der *Juventud Revolucionaria Internacionalista (JIR – Revolutionäre Internationalistische Jugend)* aus Uruguay und der *Revolutionären Internationalistischen Organisation (RIO)* aus Deutschland besucht.

Um unsere LeserInnen über die Hauptergebnisse dieser wichtigen internationalen Konferenz zu informieren, haben wir



MTS – Bewegung der Sozialistischen ArbeiterInnen

Christian Castillo (Argentinien), **Sergio Moissens** (Mexiko), **Diana Assunção** (Brasilien), **Fabián Puelma** (Chile) und **Daniela Cobet** (Frankreich) interviewt.

Diese GenossInnen waren Teil der großen politischen Ereignisse und Klassenkämpfe in ihren jeweiligen Ländern. In Mexiko war dies zum Beispiel die Studierendenbewegung #YoSoy132 („Ich bin 132“) und der Kampf für die lebendige Rückkehr der 43 entführten StudentInnen, in Brasilien die massiven Mobilisierungen im Jahr 2013 und der LehrerInnenstreik in São Paulo und in Chile der massive Kampf gegen das profitorientierte Bildungssystem.

([Längere Fassung auf unserer Website.](#))

Welche Themen wurden auf der Konferenz diskutiert?

Christian Castillo (CC): Die Tagesordnung der Konferenz deckte sowohl die wichtigsten Fragen der internationalen Lage, als auch die Aufgaben von Revolutionären für den Aufbau von revolutionären ArbeiterInnenparteien und den Wiederaufbau der Vierten Internationale ab. In der ersten Sitzung gab es lange Diskussionen auf Basis eines Dokuments von Juan Chingo über die Definition des Charakters von China, seinen „imperialistischen Zügen“ und seiner möglichen Entwicklung. In der zweiten Sitzung diskutierten wir über momentane Trends der Wirtschaft und über die Theoretisierungen der bürgerlichen WirtschaftswissenschaftlerInnen.

Diese Diskussion zeigte, dass wir noch weit von der Siegesgewissheit des Kapitalismus der Vorkrisenzeit entfernt sind. Sie basierte auf einem Dokument, das von Paula Bach vorbereitet wurde. Außerdem diskutierten wir die komplexe geopolitische Situation im Nahen Osten, vor allem in Bezug auf eine Bilanz des „Arabischen Frühlings“. Ausgangspunkt hierfür war ein Papier von Claudia Cinatti. Als letztes sprachen wir über unsere politische Orientierung anhand eines Beitrags von Emilio Albamonte. Die Diskussion ging von den verschiedenen Positionen aus, die wir uns in der ArbeiterInnen- und Studierendenbewegung und in den unterdrückten Sektoren der Jugend und der Frauen erarbeitet haben, ebenso wie von

[Fortsetzung auf Seite 15](#) ↪



PTS – Partei Sozialistischer ArbeiterInnen